Heftige Diskussion wegen Janšas Haftstrafe

Vom Standpunkt Boris Jaušovec

Geschlossene Reihen

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 28, S. 2, 11.7.2014)

Verkehrte Welt in Slowenien: Noch vor eineinhalb Jahren haben die Menschen auf der Straße die Veränderung des Systems gefordert, weil die Krise mit jedem Tag schlimmer zuschlägt. Man hat zwar den Rücktritt des korrupten Marburger Bürgermeisters und den Fall der damaligen Regierung Janez Janša erreicht, aber die nachfolgenden Politiker hatten nur neue Gesichter, ihre Politik bediente sich jedoch auch neoliberaler Mittel mit Vampircharakter. Die Aussichten, dass Slowenien sich von der Wirtschaftskrise erholen könnte, sind gering. Der Preis dafür ist auch unvorstellbar hoch. Nicht nur, dass die Menschen nach wie vor ihre Arbeit verlieren, der Staat schickt sich nun an noch das letzte Tafelsilber zu verscherbeln, das er noch hat, von der Telekom bis zum Flughafen Brnik.

Die Menschen auf den Straßen und Plätzen in Laibach protestieren deshalb aber nicht (mehr). Vielleicht ist die Krise nicht schlimm genug. Nun protestiert man wegen eines vermeintlichen politischen Gefangenen. Der Oppositionsführer und ehemalige Premier Janez Janša trat vor drei Wochen seine zweijährige Haftstrafe in Dob an. Das Urteil, das ihn wegen Korruption im Fall des finnischen Unternehmens Patria schuldig gesprochen hat, das in Slowenien 135 Radpanzer um 278 Millionen Euro mit dem Versprechen einer Bestechungssumme in Millionenhöhe verkaufen wollte, ist rechtskräftig geworden. Seither finden ständig Meetings statt, bei denen auf die Wortwahl nicht geachtet wird und wo die slowenische Gerichtsbarkeit als „falsche Gerichtsbarkeit“ und das Urteil als nach dem Diktat der „Hintermänner aus Murgle“ (dort wohnt die exkommunistische Nomenklatura) geschrieben bezeichnet wird. Das Gericht habe „nach Gesichtern, nicht nach Beweisen“ geurteilt, sagte Janšas Anwalt.

Nun ist der Oppositionsführer im Gefängnis gelandet, und das wegen eines rechtskräftigen Urteils, das ihn aufgrund von Indizien wegen Korruption verurteilte bzw. wegen des Versprechens eines Vorteils aus dem staatlichen Geschäft mit den Militärpanzern. Indizienurteile sind für einen europäischen Rechtsstaat nicht ungewöhnlich, in Korruptionsverfahren sind sie sogar üblich, da die Täter in der Regel keine schriftlichen Dokumente und Beweise hinterlassen. Nicht zuletzt wurde in Slowenien dieser Tage aufgrund eines Indizienurteils auch Sašo Nose, also einer der Bankräuber verurteilt, der die SKB Bank in Ljubljana ausgeraubt hat.

Doch zurück zu Janša. Lassen wir einen Moment die Meinung darüber beiseite, ob „das rechtskräftige Urteil korrekt ist oder ob es um die eklatante Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf ein faires Urteil geht“, wie Rechtsanwalt Emil Zakonjšek schrieb. Die Unterstützer Janšas klagen an, dass

die Patria-Affäre nun schon das dritte Mal während Parlamentswahlen aktuell ist. Doch um die vorzeitigen Parlamentswahlen am 13. Juli hat sich gerade Janšas Partei SDS bemüht. Es ist bezeichnend, dass Janša nicht um Strafaufschub ersucht hat, den er wegen der Wahlen zweifellos bekommen hätte. Sein Anwalt hat den Antrag auf Wahrung der Gesetzlmäßigkeit beim Höchstgericht auch spät eingereicht und hat sich davor noch an den Verfassungsgerichtshof gewandt, der die Sache zurückgewiesen hat. Nun sind die Anhänger Janšas wütend auf das Höchstgericht, da es die Sache nicht unverzüglich behandelt.

Wie auch immer, jemand hat bemerkt, dass wenn der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy einen ebenso „fähigen“ Rechtsanwalt wie Janša hätte, es in Europga bald zwei politische Gefangene geben wird. Aber das Problem liegt woanders. Das Gefängnis nützt Janša und seinen Anhängern. Die slowenischen Vertreter der Kirche und mittelbar sogar der Präsident der Republik sind auf seiner Seite. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung könnte die SDS am Sonntag sogar gewinnen. Die Linken sind zerstritten und beschuldigen sich gegenseitig, während die Anhänger die Reihen geschlossen haben.